

Freund oder Feind?

Samira Akbarian

2019-10-22T11:37:53

Bemühen wir uns um einen nüchternen Blick auf die „Fakten“. Ein Hochschulprofessor betritt von Protesten begleitet einen Hörsaal, um seine Vorlesung zu halten. Aufgrund lauter Beschimpfungen und Störungen kann er diese Vorlesung nicht halten und verlässt den Campus schließlich zwei Stunden später unter Polizeischutz. Es handelt sich nicht um irgendeinen Professor, sondern um den Mann, der eine Partei gründete, vordergründig, um den Austritt Deutschlands aus der Eurozone zu erreichen und der auf der Pegida-Welle reitend eine rechtspopulistische Partei hervorbrachte, die ihre Umfragewerte von Unzufriedenheit und Enttäuschung nährt. Seit 2015 gehört er dieser Partei nicht mehr an. Samthandschuhe hat Bernd Lucke deswegen noch lange nicht verdient. Wie weit sollte aber der grundsätzlich berechnete Protest gegen Lucke gehen?

Gibt es einen „konfliktualen Konsens“?

Man fühlt sich in der Auseinandersetzung mit der AfD, ihren (ehemaligen) Mitgliedern und der mit ihr in Verbindung gebrachten rechten Gewalt zunehmend an Carl Schmitts Begriff des Politischen erinnert: „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.“ Von Theoretiker*innen wie Chantal Mouffe wird dieses antagonistische Verständnis des Politischen zu einem „agonistischen“ gezähmt. Carl Schmitt hatte mit seinem Begriff die Möglichkeit einer realen kriegerischen Auseinandersetzung vor Augen, den buchstäblichen, nicht den symbolischen Kampf. Gegen die Konsensorientierung zeitgenössischer Demokratien wendet sich Chantal Mouffe; Politik brauche keine *Überwindung*, sondern eine spezifische Art und Weise der Etablierung des Wir/Sie Gegensatzes. Dieser Streit müsse aber unter der Voraussetzung eines konfliktualen Konsenses ablaufen, also „eine[s] Konsens[es] über die ethisch-politischen Werte der Freiheit und der Gleichheit aller, eines Dissens[es] aber über die Interpretation dieser Werte“. Wie kann diese Anforderung konkretisiert werden? Für die Verfassungsrechtlerin bieten sich dafür die Grundrechte als Rahmen der Auseinandersetzung an. Zu der Frage, inwieweit die Proteste als zulässige Grundrechtsausübung angesehen werden können, hat sich bereits [Maryam Kamil Abdulsalam](#) auf dieser Plattform geäußert. Verstehen wir die Grundrechte für die Zwecke dieses Beitrags mal nicht als subjektive Rechte und als „objektive Wertordnung“, sondern unter dem Gesichtspunkt eines konfliktualen Konsenses als Spielregeln und Mindestanforderungen an politische Auseinandersetzungen, lässt sich das Lucke-Bashing in Hamburg womöglich unter einen Begriff des Politischen subsumieren.

Grundrechte als Spielregeln der politischen Auseinandersetzung

Art. 5 Abs. 1, 3 GG und Art. 8 GG kommen als Spielregeln zur Bewertung der Frage in Betracht, ob und warum der Protest gegen Lucke in Hamburg aus dem Ruder lief. Der AStA hatte zu friedlichen Protesten vor dem Hauptgebäude der Uni Hamburg gegen Lucke als Person und Symbolfigur, aber auch gegen das von ihm vertretene liberale Wirtschaftsmodell unter dem Motto „Lucke lahm legen“ aufgefordert. In der Tat hätte es merkwürdig angemutet, den Gründer der AfD – wie es in dem Aufruf heißt – „unkommentiert“ wieder an der Uni Vorlesungen halten zu lassen. Mit seiner neuen Partei, der LKR (Liberal-Konservative Reformer), hatte Lucke den Unmut der Studierenden erregt: Der AStA der Uni Hamburg wirft dem Hamburger Landesverband der LKR vor, zur Teilnahme an den „Merkel muss weg“-Kundgebungen aufgerufen zu haben, die vom Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingeordnet wurden.

Art. 8 GG schützt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, den Ort der Versammlung auszusuchen. Ein Protest gegen Luckes Rückkehr an die Uni muss sinnvollerweise auch an dieser stattfinden können. Dass ein solcher Protest nicht die Tiefe einer wissenschaftlichen Debatte aufweisen kann, sondern Pauschalisierungen in Kauf nehmen muss, liegt in der Natur der Sache. Parolen gehören zu Protesten dazu wie Funkenmariechen in den Kölner Karneval. Irgendwie problematisch, aber ohne sie wäre es auch nicht dasselbe. Aus dem Ruder lief der Protest erst an anderer Stelle. Erstens müssen sich zumindest nach Ansicht des [Landgerichts Berlin](#), Personen des öffentlichen Lebens praktisch jede Beschimpfung bieten lassen. Bei der Bezeichnung „Nazischwein“, der sich Lucke ausgesetzt sah, könnte sich der AfD-Gründer, der auf seiner [Website](#) zu dokumentieren versucht, wie er den Rechtsruck der AfD verhindern wollte, noch darauf berufen, dass es sich hierbei um eine von der Meinungsfreiheit nicht umfasste unwahre Tatsache handle. Aber auch mit diesem Einwand würde er nach der derzeitigen Rechtsprechung wahrscheinlich nicht weit kommen. Als Ausdruck eines konfliktualen Konsenses verstanden, kann die Meinungsfreiheit aber nicht so verstanden werden, denn unter diesen Bedingungen kann nicht sinnvoll gestritten werden. Derartige Diffamierungen gehen gegenüber einer Person, die sich deutlich von der aktuellen AfD abgegrenzt hat, fehl.

Hörsaal als geschützter Raum

Das schwerwiegendere Argument liegt aber in der Tatsache, dass diese Beschimpfungen im Hörsaal während Luckes Vorlesung stattgefunden haben. Der Hörsaal unterscheidet sich vom restlichen Campus und öffentlichen Räumen. Während Parolen auf Versammlungen angemessen sein können, trifft das auf Vorlesungen nicht unbedingt zu. Das Bundesverfassungsgericht definiert im Rahmen von Art. 5 Abs. 3 GG Wissenschaft als „jede Tätigkeit, die nach Inhalt und Form als ernsthafter planmäßiger Versuch der Wahrheitsermittlung anzusehen ist“. Bei politischem Protest an der Uni kommen *doxa* und *episteme* zusammen, politische Meinungen und Wissenschaft im Sinne der Suche nach

einer Erkenntnis, und damit Dinge, die nicht unbedingt zusammengehören. Es ist richtig, dass Lucke auch nach seinem Austritt aus der AfD eine Symbolfigur für den losgelassenen Rechtspopulismus in Deutschland darstellt. Und es ist auch richtig, dass Wissenschaft im Allgemeinen und die Wirtschaftswissenschaft im Besonderen nicht apolitisch sind und die darin produzierten „Wahrheiten“ kritischer Reflexion bedürfen. Lucke wurde nicht nur als „Nazischwein“ beschimpft, sondern auch wegen seiner „Ideologie freier Märkte“. Diese berechtigte und eigentlich völlig sachlich formulierbare Kritik verliert an Wert, wenn sie als Parole herausgeschleudert wird, anstatt in die Auseinandersetzung einzugehen. Wird der Hörsaal dabei mit Beschimpfungen blockiert, wird er des Raumes für ebenjene kritische, reflektierte, in der Sache sogar oft auch harte Auseinandersetzung beraubt, die die Universität und die Wissenschaft eigentlich prägen sollten. Und das einmal abgesehen davon, dass manche Studierende der Uni Hamburg dieses Semester auch einfach Makroökonomik II so hören wollen, wie Lucke sie liest.

Die Geister, die er rief

Lucke sieht sich nunmehr den Geistern gegenüber, die er selber rief. Der Protest gegen ihn spiegelt die Entwicklung wider, die sich in der AfD und in der rechtspopulistischen Protestkultur ausmachen lässt. Der agonistische Streit wird zum antagonistischen Kampf. Aus Versammlungen werden Mobs, die vielleicht nicht ausufernd gewalttätig sind, aber doch verursachen, dass ein Hochschullehrer unter Polizeischutz den Campus verlassen muss. Aus Parolen werden Beschimpfungen. Hannah Arendt schrieb einmal, „niemand hat je bezweifelt, dass es um die Wahrheit in der Politik schlecht bestellt ist“. Auf die Wissenschaft traf das zumindest dem Ideal nach bisher nicht zu. Die gemeinsame Wahrheitssuche, die Kritik des Begriffs der Wahrheit und an den Wahrheiten, die die Wissenschaft hervorbringt, sind Gegenstand der akademischen Auseinandersetzung, die in Hörsälen stattfinden sollte. Dafür muss aber miteinander gesprochen werden. Es gibt Menschen, mit denen nicht mehr gesprochen werden kann. Weil sie zu hasserfüllt sind. Weil sie zu ideologisch verbrämt sind. Weil sie nicht in der Lage sind, zuzuhören. Dies trifft auf Teile der AfD zu. Auf Lucke aber nicht. Er kann noch argumentativ geschlagen werden. Und es bleibt zu hoffen, dass es auch nicht weiter auf den Protest und die Protestierenden gegen ihn zutrifft. Wer zu „Merkel muss weg“ aufruft, muss wohl mit „Lucke lahm legen“ leben können. Die Frage bleibt aber offen, ob man als Studierende der Uni Hamburg diese Auseinandersetzung so führen möchte. Bernd Lucke hat vielleicht nichts Besseres verdient. Die Hörsäle der Uni Hamburg aber schon.

